DP DEUTSCHE POLIZEI | Hamburg

INNERE SICHERHEIT

Wer heute Nachwuchs verliert, dem fehlt morgen Polizei

Hamburg muss junge Menschen nicht nur für Ausbildung und Studium gewinnen – entscheidend ist, dass sie erfolgreich bei der Polizei ankommen. Hamburg braucht eine starke Polizei. Dafür investiert die Stadt zu Recht viel in die Gewinnung junger Menschen für Ausbildung und Studium. Doch für die GdP Hamburg entscheidet sich der Erfolg nicht bei der Einstellung, sondern beim Abschluss.

GdP Hamburg

Besonders deutlich zeigt sich die Herausforderung im Laufbahnabschnitt I: 2023 lag die Abbrecher- und Durchfallquote bei 27,8 Prozent. Auch danach blieb sie hoch. 2025 lag sie bei 26,5 Prozent. Im Laufbahnabschnitt II absolvieren Nachwuchskräfte das Studium für den gehobenen Polizeivollzugsdienst. Auch hier muss das Ziel sein, möglichst viele der gewonnenen jungen Menschen erfolgreich zum Abschluss zu führen und dauerhaft für Hamburg zu halten.

Lars Osburg, Landesvorsitzender der GdP Hamburg: „Wer heute Polizeinachwuchs verliert, dem fehlen morgen Polizistinnen und Polizisten auf Hamburgs Straßen. Wir investieren viel Kraft und Geld in die Nachwuchsgewinnung. Dann müssen wir mindestens genauso genau hinschauen, was danach passiert."

Wir warnen vor einfachen Antworten

Die Gründe für ein vorzeitiges Ausscheiden oder einen nicht erfolgreichen Abschluss sind unterschiedlich. Die GdP warnt deshalb vor einfachen Antworten. Ausbildung und Studium, Betreuung, berufliche Perspektiven, Arbeitsbedingungen und Besoldung müssen gemeinsam betrachtet werden.

Denn wer sich mit Anfang 20 für die Polizei entscheidet, entscheidet sich für besondere Verantwortung. Junge Kolleginnen und Kollegen lernen früh einen Beruf kennen, in dem Entscheidungen getroffen werden müssen, bei denen das echte Leben keine Pausetaste hat. Für die GdP gehört deshalb auch die aktuelle Diskussion um eine verfassungsgemäße und amtsangemessene Besoldung zur Frage, wie attraktiv Hamburg für die nächste Generation Polizei ist.

Lars Osburg: „Wir müssen jungen Menschen nicht nur sagen, wie wichtig sie für Hamburg sind. Sie müssen es auch erleben. Gute Ausbildung und ein gutes Studium, verlässliche Perspektiven, vernünftige Arbeitsbedingungen und eine verfassungsgemäße Besoldung gehören zusammen."

Hamburg muss deshalb Ausbildung und Studium genauso in den Mittelpunkt seiner Personalstrategie stellen wie die Nachwuchswerbung. Denn volle Einstellungsklassen allein lösen kein Personalproblem. ▮

> Lars Osburg, Landesvorsitzender GdP Hamburg
>
> Nachwuchsgewinnung ist erst erfolgreich, wenn aus jungen Bewerberinnen und Bewerbern Kolleginnen und Kollegen werden, die dauerhaft für Hamburgs Sicherheit sorgen.

> Hamburg erwartet zu Recht viel von seiner Polizei. Unsere Kolleginnen und Kollegen stellen sich dieser Verantwortung jeden Tag. Aber wer immer mehr verlangt, muss auch in die Menschen investieren, die diese Stadt sicher und unseren Staat handlungsfähig halten. Verlässlichkeit funktioniert in beide Richtungen.

HANDLUNGSFÄHIGER STAAT

Wer weniger Beamte will, muss sagen, auf welche staatliche Leistung er verzichten will

Die Diskussion über das Berufsbeamtentum gewinnt erneut an Schärfe. Während bundesweit über weniger Verbeamtungen und die Kosten des öffentlichen Dienstes diskutiert wird, zeigt der aktuelle Streit um milliardenschwere Besoldungsnachzahlungen in Berlin zugleich, welche Folgen entstehen können, wenn der Staat seinen Verpflichtungen gegenüber seinen Beamtinnen und Beamten nicht gerecht wird.

GdP Hamburg

Für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Hamburg greift eine Debatte zu kurz, die Beamtinnen und Beamte vor allem als Kostenfaktor betrachtet.

Gerade Hamburg zeigt täglich, was das bedeutet: Hafen und kritische Infrastruktur, Hauptbahnhof und St. Georg, Demonstrationen, Fußballspiele, Großveranstaltungen, organisierte Kriminalität und neue Bedrohungslagen. Die Hamburger Polizei muss funktionieren – rund um die Uhr.

> Lars Osburg, Landesvorsitzender GdP Hamburg
>
> Wer über zu viele Beamte spricht, muss auch sagen, auf welche staatliche Leistung er verzichten will. Für die Polizei ist die Antwort klar: Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Verlässlichkeit gibt es nicht zum Nulltarif. Der Rechtsstaat kann nicht geschlossen haben.

Das Berufsbeamtentum ist kein Privilegienmodell, sondern ein Verlässlichkeitsmodell für den Rechtsstaat

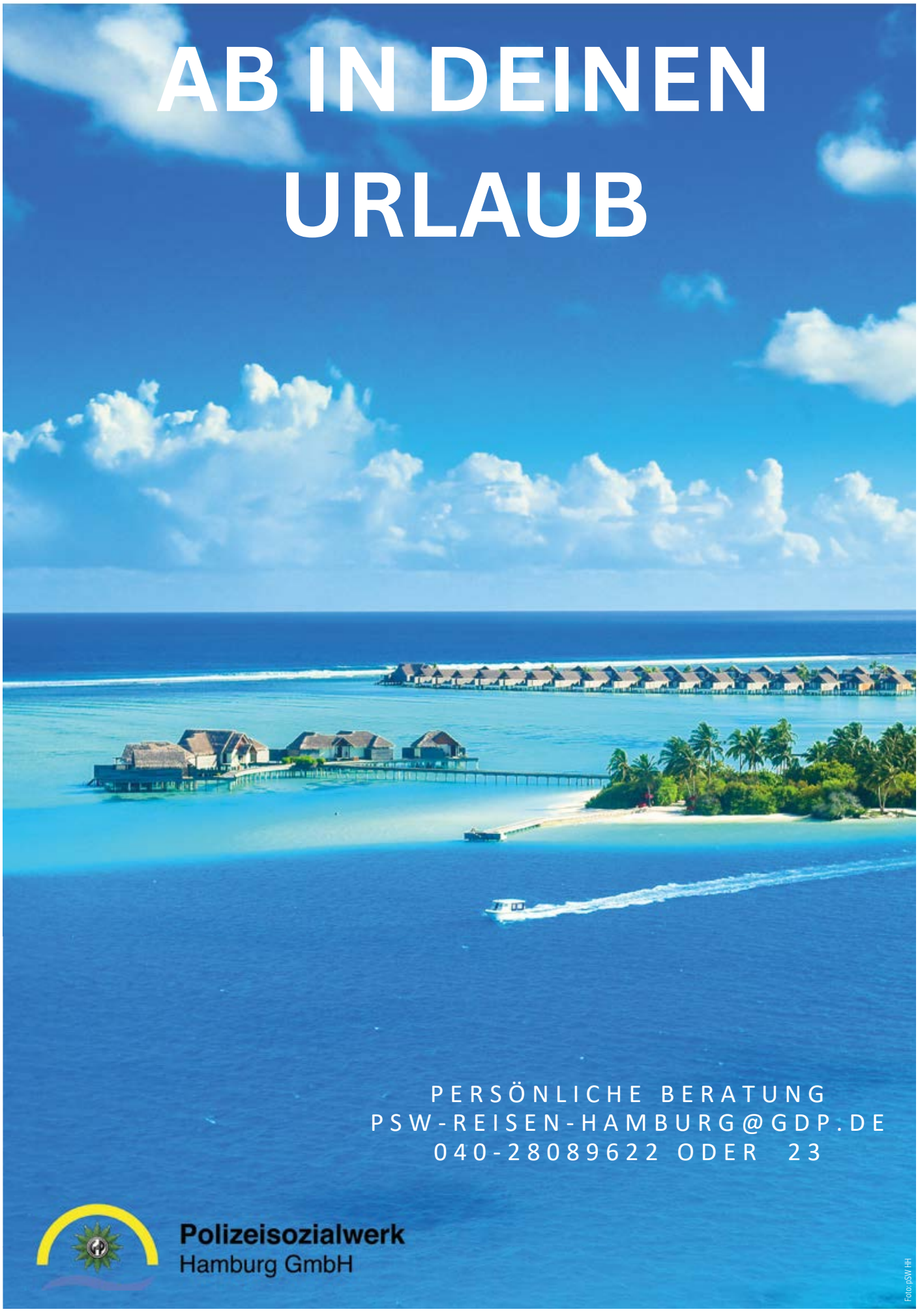
Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte üben staatliche Gewalt aus, schützen Grundrechte und müssen im gesetzlichen Rahmen zugleich in Grundrechte eingreifen. Sie sind zu Neutralität und Verfassungstreue verpflichtet und stehen auch nachts, an Wochenenden, Feiertagen und in Krisen zur Verfügung. Die GdP Hamburg spielt dabei ausdrücklich keine Bereiche des öffentlichen Dienstes gegeneinander aus. Als Polizeigewerkschaft macht sie aber deutlich, warum das besondere Dienst- und Treueverhältnis für die Polizei unverzichtbar ist.

Auch Hamburg muss sich an diesem gegenseitigen Versprechen messen lassen. Während die Anforderungen an die Polizei wachsen, sollen Beamtinnen und Beamte künftig länger arbeiten und ihren AZV-Tag verlieren. Das besondere Dienst- und Treueverhältnis darf jedoch keine Einbahnstraße sein.

Für die GdP Hamburg steht deshalb fest: Eine Diskussion über einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst ist notwendig. Eine pauschale Debatte über vermeintlich zu viele Beamte hilft dagegen niemandem. Wer einen starken Rechtsstaat will, muss auch bereit sein, in die Menschen zu investieren, die ihn tragen.



Lars Osburg,
Landesvorsitzender der GdP Hamburg


AB IN DEINEN
URLAUB
PERSÖNLICHE BERATUNG
PSW-REISEN-HAMBURG@GDP.DE
040-28089622 ODER 23
Polizeisozialwerk
Hamburg GmbH
Foto: pSW HH

> Wir wollen keine 41-Stunden-Woche – für niemanden. Aber wenn der Senat schon nach Bremen schaut, dann bitte richtig. Bremen erkennt an, dass Schichtdienst eine besondere Belastung ist. Hamburg sollte sich mindestens genauso hanseatisch verhalten.

ARBEITSZEIT

Hamburg sollte sich mindestens so hanseatisch verhalten wie Bremen

Hamburg und Bremen vergleichen sich gerne. Beim Hafen, beim Fußball und gelegentlich auch bei der Frage, welche Hansestadt im Norden vorne liegt. Bei der geplanten 41-Stunden-Woche lohnt sich dieser Vergleich jetzt ganz besonders. Die GdP Hamburg lehnt die Erhöhung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit insgesamt ab. Sollte der Hamburger Senat dennoch daran festhalten, darf Hamburg beim Schutz besonders belasteter Beschäftigter aber nicht hinter Bremen zurückfallen. Denn Bremen hat ebenfalls die 41-Stunden-Woche eingeführt – gleichzeitig aber Ausnahmen für besonders belastende Arbeitszeitmodelle geschaffen. Für bestimmte Formen von Wechsel- und Schichtdienst sowie Dienst zu wechselnden Zeiten bleibt es bei 40 Stunden. Dahinter steht ausdrücklich der Gesundheitsschutz.

GdP Hamburg

Gerade bei der Polizei geht es dabei nicht nur um eine Stunde auf dem Papier. Schichtdienst bedeutet Nächte, Wochenenden und Feiertage. Er bedeutet, regelmäßig zu arbeiten, wenn Familie und Freunde frei haben. Geburtstage, Vereinsleben, gemeinsame Wochenenden oder Weihnachten richten sich nicht nach dem Dienstplan. Dazu kommt die gesundheitliche Belastung von Nacht- und Schichtarbeit. „Schichtdienst findet statt, wenn das gesellschaftliche Leben für andere beginnt. Unsere Kolleginnen und Kollegen akzeptieren das, weil Polizei rund um die Uhr funktionieren muss. Aber genau deshalb darf Politik diese besondere Belastung nicht ignorieren und einfach noch eine Stunde drauflegen."

Bremen hat die besondere Belastung des Schichtdienstes erkannt – Hamburg sollte das auch tun

Hamburg begründet seine geplante Arbeitszeiterhöhung unter anderem mit dem Vergleich zu anderen Ländern – ausdrücklich auch mit Bremen. Für die GdP gehört dann aber auch die ganze Wahrheit auf den Tisch: Wer Bremen als Argument für 41 Stunden anführt, muss auch über die Bremer Ausnahmen sprechen. Und einen besonderen Bezug zur Nachbarstadt gibt es im Hamburger Rathaus ohnehin: Erster Bürgermeister Peter Tschentscher ist gebürtiger Bremer. „Unser Bürgermeister kennt beide Hansestädte bestens. Er weiß deshalb vermutlich auch, dass wir Hamburger uns von Bremen nur ungern zeigen lassen, wie etwas besser geht. Beim Schutz des Schichtdienstes sollte Hamburg mindestens gleichziehen."



Foto: GdP HH

Die Forderung der GdP Hamburg bleibt eindeutig: Die 41-Stunden-Woche muss vom Tisch. Sollte der Senat trotzdem daran festhalten, erwartet die GdP mindestens einen besonderen Schutz für die Kolleginnen und Kollegen, die Hamburg nachts, an Wochenenden und an Feiertagen sicher halten. ∎

> Wir erleben gerade, wie sich Polizeiarbeit verändert und zusätzliche Aufgaben entstehen. Darauf kann die Antwort nicht sein, bei der Polizei den Rotstift anzusetzen. Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif.

INNERE SICHERHEIT

Nach Kontrollen an Kraftwerken: Neue Bedrohungen verändern Hamburgs Polizeiarbeit

Bereitschaftspolizei an Kraftwerken, Polizeidrohnen über Energieanlagen und die Suche nach möglichen Sabotagemitteln: Die Kontrollen an kritischer Infrastruktur im Großraum Hamburg zeigen nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP), wie schnell sich die Anforderungen an die Polizei verändern.

GdP Hamburg



Foto: GdP HH

Wichtige kritische Infrastruktur muss geschützt werden

Nach Sabotagefällen in anderen Bundesländern hatte die Polizei Hamburg vorsorglich Kraftwerke und Umspannwerke überprüft. Konkrete Hinweise auf eine Gefährdung Hamburgs bestanden nach Angaben der Polizei nicht.

„Wenn Hamburger Polizistinnen und Polizisten Kraftwerke nach möglichen Sabotagemitteln absuchen, ist die hybride Bedrohung keine abstrakte Sicherheitsdebatte mehr. Sie ist Teil unserer Einsatzrealität geworden", sagt Lars Osburg, Landesvorsitzender der GdP Hamburg.

Für die GdP ist dabei entscheidend: Die neuen Herausforderungen ersetzen keine bisherigen Aufgaben. „Der Notruf, die Funkstreife, die Demonstration oder der Großeinsatz verschwinden nicht. Neue Aufgaben kommen hinzu. Das bedeutet zusätzliche Belastung für eine Polizei, die schon heute jeden Tag stark gefordert ist."

Weitere Belastungen für die Polizei

Gerade für Hamburg mit seinem Hafen, seiner Energieversorgung und wichtigen Verkehrswegen gewinnt der Schutz kritischer Infrastruktur weiter an Bedeutung. Neue Bedrohungslagen erfordern dabei nicht nur moderne Technik, sondern auch qualifizierte und spezialisierte Kolleginnen und Kollegen.

Für die GdP müssen deshalb Investitionen in die Polizei ein elementarer Bestandteil der Sicherheitsvorsorge sein.

Osburg: „Wer unsere kritische Infrastruktur schützen will, muss auch in die Polizei investieren, die im Ernstfall handeln muss. Dazu gehören moderne Technik, Qualifizierung und vor allem die Menschen, die diese Fähigkeiten rund um die Uhr verfügbar machen."

Die GdP warnt deshalb davor, neue Sicherheitsaufgaben und die aktuelle Haushaltsdebatte getrennt voneinander zu betrachten. ▮



AUS DEM SENIORENBEREICH

GBI zu Gast am 13. Oktober 2026 um 15 Uhr

Es ist zwei Jahre her, dass wir Gastreferentinnen des Großhamburger Bestattungsinstitut rV, kurz GBI Hamburg, in unserer Mitgliederversammlung hatten. Sicherlich wird sich der eine oder andere noch an den interessanten Vortrag erinnern.

Foto: Prostock-studio/stock.adobe

Michael Rath

Auch wenn der Gedanke, sich mit dem Tod zu beschäftigen, in unserer Gesellschaft eher eine kleinere Rolle spielt, ist er doch sehr wichtig. Ein Schwerpunkt soll im Oktober der Bereich der Bestattungsvorsorge werden, dabei geht es nicht nur um die finanzielle Absicherung allein. Jedoch in einer Zeit überall zunehmender Kosten ein wesentlicher Aspekt. Insofern hielten wir eine Wiederholung nicht nur im Hinblick auf viele neue Senioren und Seniorinnen für sinnvoll. Einige von uns tragen sich schon länger mit den Gedanken derartiger Vorsorge, sind aber unschlüssig und schieben diese Gedanken daraufhin erst einmal in die Schublade. Leider kommt dieser Bereich irgendwann auf uns alle zu.

Vormerken: 13. Oktober 2026 um 15 Uhr

Wie immer bieten wir die Möglichkeit, spezielle Fragestellungen im Vorwege an uns zu senden, die wir dann entsprechend steuern.

Zunächst freuen wir uns auf den kommenden Termin am 13. Oktober und hoffen auch von eurer Seite auf eine rege Teilnahme. Die Kantine hat, wie üblich, bis 15 Uhr geöffnet, zeitgerechtes Kommen sichert ggf. noch eine Tasse Kaffee oder Ähnliches. Bitte denkt auch an euren Mitgliedsausweis für die Einlasskontrolle. ∎

Anzeige





DP – Deutsche Polizei
Hamburg

ISSN 0170-6438

Geschäftsstelle
Otto-Wels-Straße 49, 22297 Hamburg
Telefon (040) 280896-0
Telefax (040) 280896-18
gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle
Montag bis Donnerstag
8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag
8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Otto-Wels-Straße 49, 22297 Hamburg
joern.clasen@gdp.de